

Landespresskonferenz, 09. Oktober 2020:

Angekommen in Niedersachsen – aber vielfach ausgebremst. Teilhabeperspektiven für Geflüchtete – Rückblick und Ausblick

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. zieht heute eine vorläufige Bilanz fünf Jahre nach 2015:

Das Bundesland Niedersachsen hat in den vergangenen fünf Jahren eine pragmatische und unaufgeregte Politik zur Gewährleistung der Grundversorgung von Geflüchteten sowie zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe verfolgt. Vielfach gelingt Teilhabe in Niedersachsen gut. Noch immer werden Schutzsuchenden jedoch in zahlreichen Lebensbereichen unnötige Hürden in den Weg gestellt, sei es beim Wohnen, beim Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit oder bei der Gesundheitsversorgung. Restriktive Bundesgesetze, falsche politische Vorgaben oder unflexible Behörden verhindern oder erschweren Teilhabe in vielen Lebensbereichen. Bleiberechtsregelungen werden in Niedersachsen zu zögerlich angewendet.

Die Kernforderungen des Flüchtlingsrats Niedersachsen

1. Aufenthaltssicherheit

Wir fordern:

- vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Faire Asylverfahren, bei denen Qualität Vorrang vor der Schnelligkeit der Entscheidung hat (Fehlerquote Afghanistan über 50%)
- ein Bleiberecht für alle Geflüchteten, die ihren Lebensmittelpunkt längst in Deutschland gefunden haben, aber weiterhin mit prekärem Aufenthalt in Niedersachsen leben.
- vom Bundesgesetzgeber die Wiedereinführung eines Rechts auf Familienleben für Geflüchtete: Schutzberechtigte Familien müssen zusammengeführt werden.

2. Wohnen in Nachbarschaften statt Ausgrenzung in Lagern

Wir fordern:

- Die Perspektive aller Politik in Land und Kommunen muss es sein, ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden früh zu ermöglichen
- ein Ende von Politikkonzepten, die durch Ausgrenzung und Lagerunterbringung Schutzsuchende künstlich an den Rand der Gesellschaft drängen
- eine Streichung von Wohnsitzauflagen, die einen Zuzug in bestimmte Städte verbieten
- den Schutz der Privatsphäre und die Beendigung diskriminierender und entmündigender Praktiken in Gemeinschaftsunterkünften

3. Gesellschaftliche Teilhabe

Wir fordern:

- einen frühen und gleichberechtigten Zugang zu Sprachkursen für alle Schutzsuchenden
- die Gleichstellung beim Zugang zu Arbeit, Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen

Kontakt Flüchtlingsrates Niedersachsen e.V.:

Claire Deery, Rechtsanwältin, Vorsitzende des Flüchtlingsrats, cd@nds-fluerat.org

Maryam Mohammadi, Referentin beim Flüchtlingsrat, mmo@nds-fluerat.org, Tel. 0511 / 84 87 99 76

Muzaffer Öztürkyilmaz, Jurist, Projektleiter beim Flüchtlingsrat, moy@nds-fluerat.org, Tel. 051/98 24 60 38

Geschäftsstelle: nds@nds-fluerat.org, Tel. 0511 / 98 24 60 30